

# DER EINFLUSS DER SOZIALPOLITISCHEN KONTEXTE AUF DIE FRAUENERWERBSTÄTIGKEIT IN DER SCHWEIZ

Isabelle Stadelmann-Steffen

*Zusammenfassung:* Im Zentrum des Beitrags steht die Frage, inwiefern sozial-politische Maßnahmen und Instrumente das individuelle Erwerbsverhalten einer Frau beeinflussen. Die Analyse unterscheidet sich in zwei Punkten von bisherigen Studien in diesem Gebiet. Erstens werden für die Erklärung des individuellen Erwerbsentscheids einer Frau individuelle Faktoren und der sozialpolitische Kontext mittels einer Mehrebenenanalyse kombiniert. Zweitens werden gruppenspezifische Policy-Effekte analysiert. Dies, weil sozialpolitische Maßnahmen meist nicht die ganze Bevölkerung in gleichem Maße berühren, sondern verschiedene Personengruppen unterschiedlich betreffen. Die Analysen zeigen, dass Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere die Erwerbsintensität von Müttern der Mittelschicht fördert, für welche Erwerbstätigkeit „freiwillig“ ist. Ein hohes Krippenangebot erhöht jedoch ebenfalls den Spielraum von Frauen, die aus ökonomischen Gründen arbeiten müssen, und ist damit der Chancengleichheit im Arbeitsmarkt dienlich.

## *I. Einleitung*

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Bestimmungsgründen der Frauenerwerbsbeteiligung. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwiefern sozial-politische Maßnahmen und Instrumente das individuelle Erwerbsverhalten einer Frau beeinflussen. Eine empirische Auseinandersetzung mit dieser Themenstellung bietet sich insbesondere aus drei Gründen an.

Erstens wird die Frauenerwerbstätigkeit auf politisch-ökonomischer Ebene häufig mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats und dessen Finanzierung in Verbindung gebracht. Zum einen ist die Frauenerwerbstätigkeit gemäß internationaler Forschung eine wichtige Determinante der Wohlfahrtsstaatsentwicklung (Huber und Stephens 2000: 323ff.). Nicht nur, dass im öffentlichen Sektor überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt sind, verschiedene Studien kommen zum Schluss, dass die zunehmende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt zu einem Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen geführt hat. Während die demographische Entwicklung zur Folge hat, dass immer weniger Arbeitskräfte immer mehr Renten finanzieren müssen, scheint eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen zum anderen eine Möglichkeit zu sein, diesbezüglich für Entspannung zu sorgen. Gerade unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Muster in der Erwerbsbeteiligung kann die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen als ein bisher noch nicht ausgeschöpftes Potenzial betrachtet werden (Baumgartner 2003: 1; Wanner 2003: 21). Zweitens dient die Frauenerwerbstätigkeit als Indikator für die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und kann damit

*Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 59, Heft 4, 2007, S. 589–614.

Hinweise über die Veränderung in der geschlechtlichen Arbeitsteilung geben (Beckmann 2003: 3; Mammen und Paxson 2000: 141; Merkel 2001: 146; Pfau-Effinger 1996: 462, 2000: 14, 95). Schließlich kann drittens die Forschungslücke angesprochen werden. Bisherige empirisch-quantitative Studien zur Frauenerwerbstätigkeit sind entweder ausschließlich auf der Individualebene oder aber auf der Makroebene angelegt (vgl. z.B. Hakim 1995, 1996, 2003; Kenworthy i.E.; Jaumotte 2003; Gornick et al. 1998; Pfau-Effinger 2000, 1996; Schmidt 1993). Demgegenüber wurde der Kombination von Individual- und Kontextebene bisher kaum Beachtung geschenkt. Dies ist umso erstaunlicher, als nicht nur in Bezug auf die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, sondern auch betreffend der (sozial-)politischen Rahmenbedingungen, auf die Frauen bei ihrem Erwerbsentscheid treffen, substantielle internationale und subnationale Unterschiede bestehen.

Zwei Argumente stehen im Zentrum dieses Beitrags. Erstens wird angenommen, dass der individuelle Erwerbsentscheid einer Frau nicht nur von individuellen Faktoren abhängt, sondern auch wesentlich vom sozialpolitischen Kontext geprägt wird. Insbesondere die Ausgestaltung familienpolitischer Maßnahmen beeinflusst die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen (vgl. Daly 2000; Drobic et al. 1999; Huber und Stephens 2000; O'Connor et al. 1999; Sainsbury 1994, 1999; Sauer 2004). Zweitens ist davon auszugehen, dass Policies gruppenspezifisch wirken. Sozialpolitische Maßnahmen betreffen meist nicht die ganze Bevölkerung in gleichem Maße, sondern betreffen verschiedene Personengruppen unterschiedlich. Ein Beispiel sind Kinderbetreuungseinrichtungen, die offensichtlich Mütter stärker ansprechen als Frauen ohne Kinder. Bei reinen Makroanalysen besteht deshalb die Gefahr, solche Policy-Effekte zu unterschätzen. Zur Überprüfung dieser Hypothese bietet sich methodisch eine Mehrebenenanalyse an. Diese Methode erlaubt es, die Erklärungskraft von individuellen und kontextuellen Faktoren auf die Erwerbstätigkeit der Frauen simultan zu schätzen und damit den Einfluss von kontextuellen Charakteristiken auf das individuelle Erwerbsverhalten zu überprüfen.

Um die oben genannten Thesen zu überprüfen, sind vergleichbare Individualdaten für eine genügend große Zahl an Gebietskörperschaften mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen nötig. Diesen hohen Anforderungen genügen die Schweiz und ihre Kantone in besonderer Weise.

Zum einen ist eine systematisch vergleichende Analyse der Schweizer Gliedstaaten nützlich, weil die einzigartige politisch-institutionelle Fragmentierung der Schweiz eine umfassende Analyse der Wirkungen öffentlicher Politik auf die Frauenerwerbsbeteiligung erlaubt (Freitag und Vatter 2000: 581). Da der Schweizer Bundesstaat außerdem zu den weltweit föderalsten und dezentralisertesten Ländern zählt (Lijphart 1999: 38) und die Kantone in den Bereichen Sozial- und Steuerpolitik über eine hohe Autonomie verfügen, scheint die Behandlung der Kantone als Kontexteinheiten mit eigenstaatlichem Charakter zulässig und sinnvoll.<sup>1</sup> Die Folge der föderalistischen Aufgabenteil-

---

<sup>1</sup> Die Betrachtung der Kantone als Kontexteinheiten erhält im Weiteren durch die Beobachtung von Filippini (1998: 51ff.) Unterstützung, wonach in der Schweiz nicht von einem nationalen, sondern von 26 kantonalen Arbeitsmärkten gesprochen werden kann. Vor allem die Viersprachigkeit des Landes, die föderalistische Staatstruktur, die Topographie sowie der gesättigte Schweizer Wohnungsmarkt haben zur Folge, dass die Mobilität der Arbeitskräfte über die Kan-

lung sind in der Tat beträchtliche kantonale Unterschiede in der Ausgestaltung und Umsetzung der Politik (vgl. Linder 2005: 144; Vatter 2002). Beispiele im Bereich der Familienpolitik mögen das Ausmaß dieser Disparitäten illustrieren: Während etwa die Kantone Zug und Tessin pro Kind einen Steuerabzug von 8000 CHF gewähren, beträgt dieser in Neuenburg mit 3000 CHF weniger als die Hälfte davon. Im Kanton Wallis wird pro Kind und Monat eine Kinderzulage von mindestens 260 CHF ausbezahlt, hingegen erhalten Eltern in Basel-Stadt und Basel-Land sowie im Kanton Aargau lediglich ein Minimum von 150 CHF. Des Weiteren existierten im Kanton Appenzell Innerrhoden 2001 nach wie vor keine selbständige Kinderkrippe und kein Hort. Im Gegensatz dazu wies der Kanton Genf das klar höchste Kinderbetreuungsangebot auf mit immerhin sechs Betrieben pro 1000 Kinder unter 6 Jahren. Zusammenfassend zeugen die Erläuterungen davon, dass die Kantone aufgrund ihrer autonomen Stellung im schweizerischen politischen System unterschiedliche Policy-Kontexte bilden, welche ungleiche Rahmenbedingungen für das Erwerbsverhalten der Frauen generieren.

Zum anderen erlaubt die Datenlage zur Schweiz die erwähnte Kombination von vergleichbaren Individual- und Kontextdaten. Für die Individualdaten kann die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) von 2003 hinzugezogen werden, welche mit Daten zu kantonalen Policies ergänzt wird.

Der Aufsatz ist wie folgt aufgebaut: *Abschnitt II* gibt einen Überblick über die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen in der Schweiz, bevor in *Abschnitt III* die theoretischen Bestimmungsgründe der Frauenerwerbstätigkeit erläutert und Hypothesen formuliert werden. Anschließend werden das methodische Vorgehen sowie die Operationalisierung der Variablen dargestellt (*IV*). *Abschnitt V* ist der empirischen Überprüfung gewidmet. Schlussfolgerungen runden den Beitrag ab (*VI*).

## II. Die Frauenerwerbstätigkeit als abhängige Größe

Dieser Abschnitt soll einen Überblick über die Frauenerwerbstätigkeit in der Schweiz und insbesondere über die kantonalen Unterschiede geben. *Tabelle 1* bildet die Frauenerwerbsquoten, die weiblichen Vollzeiterwerbsquoten sowie den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad Teilzeit arbeitender Frauen für die 26 Kantone ab.

Es zeigt sich zunächst, dass in den Kantonen ein relativ großer Anteil von Frauen in der Schweiz einer bezahlten Arbeit nachgeht. Tatsächlich weist die Schweiz im OECD-Vergleich eine der höchsten Frauenerwerbsquoten auf (OECD 2004: 296). Dies sagt jedoch noch wenig über die Intensität der Arbeitsmarktpartizipation aus. Gerade die Schweiz ist im internationalen Vergleich ein Beispiel dafür, dass eine hohe Frauenerwerbstätigkeit generell nicht mit hohen Beschäftigungsgraden verbunden sein muss. Dieser Schluss lässt auch *Tabelle 1* unter Einbezug der Vollzeiterwerbsquote sowie des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads der Teilzeit erwerbstätigen Frauen zu: Im Durchschnitt der Kantone gehen nur rund 30 Prozent aller Frauen einer Vollzeit-

---

tionsgrenzen hinaus eingeschränkt ist. Damit scheint es nicht nur legitim, die Schweizer Kantone in der Folge als je eigenständige, offene Arbeitsmärkte zu betrachten, sondern diesen regionalen Gegebenheiten kann gerade mit den Kantonen als Untersuchungseinheiten Rechnung getragen werden.

Tabelle 1: Die Frauenerwerbstätigkeit in den Schweizer Kantonen im Überblick

Kanton	Erwerbsquote	Vollzeiterwerbsquote	Mittlerer Beschäftigungsgrad der Teilzeit erwerbstätigen Frauen
Jura	74.7	22.4	45.0
Uri	66.7	26.0	41.6
Wallis	61.6	26.7	45.8
Neuenburg	68.5	27.1	51.6
Freiburg	72.8	28.9	45.1
Aargau	71.1	29.0	43.8
Basel-Landschaft	69.4	29.3	45.7
Luzern	70.7	29.6	42.3
Tessin	58.6	29.7	45.3
Bern	72.7	30.2	44.1
Solothurn	74.1	31.2	38.1
Schaffhausen	63.9	31.2	42.3
Waadt	68.2	31.3	48.7
Zürich	74.1	31.5	46.3
Schwyz	73.5	31.7	41.6
Graubünden	69.7	31.9	43.4
Basel-Stadt	68.6	32.0	48.8
Appenzell A.-Rh.	71.6	32.2	49.4
St. Gallen	72.0	32.5	42.7
Genf	65.1	32.9	51.3
Zug	68.7	33.3	46.4
Thurgau	72.3	34.1	42.8
Appenzell I.-Rh.	81.4	36.0	40.3
Nidwalden	71.7	36.9	41.3
Glarus	75.0	38.2	41.8
Obwalden	73.8	42.4	43.1
Mittelwert	70.4	31.5	44.6

*Bemerkungen:* Eigene Berechnungen auf Basis der SAKE-Daten 2004. Sortiert nach der Vollzeiterwerbsquote. Als Vollzeitstelle gilt ein Beschäftigungsgrad von mindestens 90 Prozent.

erwerbstätigkeit nach. Gleichzeitig weisen die in Teilzeit erwerbstätigen Frauen im Mittel einen Beschäftigungsgrad von deutlich unter 50 Prozent auf.

Zudem zeigen sich substanzielle kantonale Unterschiede: Während etwa im Kanton Jura weniger als ein Viertel der Frauen eine Vollzeitstelle innehat, sind in Obwalden mehr als 42 Prozent der Frauen in Vollzeit erwerbstätig. In den Kantonen Genf und Neuenburg sind die Teilzeit erwerbstätigen Frauen durchschnittlich zu einem Beschäftigungsgrad von über 50 Prozent angestellt, in Solothurn hingegen arbeiten in Teilzeit angestellte Frauen im Mittel weniger als zwei Tage pro Woche.

Die Zahlen machen deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Schweiz in erster Linie Teilzeitarbeit ist. Auf der einen Seite scheint es damit für Frauen relativ einfach zu sein, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Allerdings kann auf der anderen Seite kritisiert werden, dass es sich dabei lediglich um eine scheinbare arbeitsmarktliche Integration handelt, die mit einer indirekten Diskriminierung sowie einer zunehmenden Segregation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbunden ist. So finden sich Teilzeitstellen vorwiegend in Tieflohnberufen und selten in Vorgesetztenpositionen oder Stellen mit Aufstiegschancen. Zudem weisen Teilzeitangestellte Nachteile in der sozialen Sicherung auf. Zu nennen ist hier etwa die Unfallversicherung, die einen minimalen Beschäftigungsgrad voraussetzt, oder die Altersvorsorge, deren Leistungen sich

letztlich auch aus Arbeitsvolumen und Lohn bemessen. Gleichzeitig ändert ein geringer Beschäftigungsgrad oft nichts an der geschlechterspezifischen Aufteilung der Hausarbeit (vgl. Levy et al. 2002: 20f.). Verschiedene Autoren und Autorinnen sehen die Teilzeitarbeit deshalb lediglich als eine modernisierte Form der traditionellen Vorsorgerehe, die gerade die gesellschaftliche Position der Frauen kaum verbessert (Buchmann et al. 2002: 137; Hakim 1996: 178; Levy et al. 2002; Madörin 2000: 73). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Faktoren die Intensität der Frauenerwerbsbeteiligung beeinflussen. Die folgende Analyse fokussiert deshalb auf jene Frauen, die einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, wobei die wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden die abhängige Variable bilden.<sup>2</sup>

### *III. Theorie und Hypothesen*

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich die kantonalen Unterschiede im Erwerbsverhalten von Frauen erklären lassen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob der kantonale Kontext den Erwerbsentscheid einer Frau beeinflussen kann. Dies aufgrund der Annahme, dass nicht primär die politischen Institutionen und Werte an sich, sondern vor allem die daraus folgende Politik bzw. ihre Inhalte von Bedeutung für die Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit sind (Sundström 2003: 2). Die meisten politikwissenschaftlichen Studien, die sich mit der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen auseinandersetzen, stützen sich auf die Wohlfahrtsstaatsforschung. Derzufolge werden kulturelle und institutionelle Rahmenbedingungen als zentrale Faktoren zur Erklärung der Frauenerwerbstätigkeit gesehen. Der Fokus liegt auf der Orientierung des Wohlfahrtsstaates als Ergebnis des politischen Prozesses. Konkret wird davon ausgegangen, dass wohlfahrtsstaatliche Politik die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen wesentlich mitbestimmt (Daly 2000; Drobnic et al. 1999; Huber und Stephens 2000; O'Connor et al. 1999; Sainsbury 1994, Sauer 2004). Verglichen mit der traditionellen Wohlfahrtsstaatsliteratur, die eng der Typologie von Esping-Andersen (1990, 2002) folgt, hat der stärkere Fokus auf die Situation der Frauen im Arbeitsmarkt zu einer Kritik an der Wohlfahrtsstaatsforschung geführt. Es wird moniert, dass die traditionelle Wohlfahrtsstaatsforschung die Dichotomie zwischen Staat und Wirtschaft betont, während die Dimension der Haushalte ausgeblendet wird. Damit wird jedoch genau der Gender-Aspekt vernachlässigt, da Frauen typischerweise Teil dieser dritten Sphäre sind (Bussemaker und Kersbergen 1994: 20, 22; Mazur 2002; Pfau-Effinger 2000: 31; Pierson 2000). Soll die Situation der Frauen in der Gesellschaft untersucht werden, ist es deshalb nötig, den Blickwinkel zu öffnen von einer engen Sichtweise der Wohlfahrtsstaatsregime zu einer breiten Berücksichtigung wohlfahrtsstaatlicher Policies (Pierson 2000). Ver-

---

<sup>2</sup> Die wöchentliche Arbeitszeit ist kategorisiert und weist neun Ausprägungen auf: 1–5 Stunden, 6–10 Stunden, 11–15 Stunden, 16–20 Stunden, 21–25 Stunden, 26–30 Stunden, 31–35 Stunden, 36–40 Stunden sowie 40 und mehr Stunden. Streng genommen ist die Variable nicht intervallskaliert, was eine Voraussetzung für die Anwendung von Regressionsschätzungen darstellt. Da die Abstände zwischen den Ausprägungen jedoch gleichmäßig sind und sinnvoll interpretiert werden können, scheint es zulässig, die Variable als intervallskaliert zu interpretieren (vgl. Diekmann 1999: 578).

schiedene Beispiele zeigen, dass die generellen wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien eines Staates nicht notwendigerweise mit entsprechenden spezifischen politischen Maßnahmen zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt verbunden sein müssen. Empirisch lässt sich ein solcher Zusammenhang für Schweden und Finnland zeigen, wo sich die sozialdemokratische Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates in einer entsprechenden Gleichstellungspolitik widerspiegelt. Andere Beispiele wie Norwegen oder noch verstärkt die Niederlande zeugen jedoch vom Gegenteil: Gemäß ihrer generellen kulturellen und politischen Prinzipien sind sie ebenfalls dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstyp zuzuordnen, trotzdem stand die Frauenerwerbstätigkeit bis in die 1980er Jahre nicht auf der Prioritätenliste; die Politik war sogar eher darauf ausgerichtet, die traditionelle familiäre und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu erhalten (Pfau-Effinger 2005, 2000: 31f.). O'Connor et al. (1999) zeigen anhand der liberalen Wohlfahrtsstaatsregime, dass tatsächlich auch innerhalb desselben Systemtyps substantielle Unterschiede in Bezug auf die Politik und die Frauenerwerbstätigkeit bestehen. Schließlich fügt Mazur (2002) an, dass sich die Ziele und die Umsetzung von Policies zwischen Ländern auch dann noch deutlich unterscheiden, wenn diese explizit zugunsten der Frauen ausgerichtet sind. Diese Erläuterungen machen deutlich, dass die Annahme einer engen Verbindung zwischen Wohlfahrtsstaatsregimen und den effektiven politischen Maßnahmen so kaum haltbar ist. Dies, weil auch innerhalb eines bestimmten Wohlfahrtsstaatstyps unterschiedlichen Problemen unterschiedliche Priorität zugesprochen wird und die Ausgestaltung spezifischer politischer Instrumente und Maßnahmen entsprechend variiert. Hier kann die Politikanalyse mit dem Einbezug der Policies als analytische Kategorie einen wichtigen Beitrag leisten. Im Vergleich zu den Regime-typen, die nicht zuletzt als Indikator für die gesellschaftlichen Einstellungen und Strukturen betrachtet werden, bringen Policies die politische Dimension stärker ein: Auch Policies sind geprägt von gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen eines Staates, doch sie sind zusätzlich das Resultat politischer Präferenzen und Machtverhältnisse. Damit steht nicht der Wohlfahrtsstaat an sich, sondern seine Funktionsweise im Zentrum (Sauer 2004: 116).

Im Folgenden wird deshalb der Fokus auf spezifische Policy-Bereiche gelegt, welche die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen beeinflussen. Neben staatlichen Aktivitäten, die ganz bewusst darauf ausgerichtet sind, geschlechterspezifische Unterschiede zu vermindern, kann auch mehr oder weniger ungeplanten Nebenfolgen von politischen Maßnahmen und Instrumenten Bedeutung zukommen (Schmid 1984: 282; Schmidt 1993: 28). Policies im Bereich der Steuerpolitik oder der sozialen Sicherheit verfolgen meist nicht in erster Linie das Ziel, die Frauenerwerbsbeteiligung zu beeinflussen. Trotzdem sind sie diesbezüglich nicht neutral, sondern beeinflussen möglicherweise das Verhalten der Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Mincer 1985: 28). Dieser breite Blickwinkel deckt sich außerdem mit der Erkenntnis, dass Quellen der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt auch außerhalb des Letzteren zu suchen sind (O'Connor et al. 1999).

Der folgende Abschnitt beschreibt die verschiedenen Policy-Bereiche und ihren Einfluss auf die Frauenerwerbsbeteiligung. In der Literatur findet sich eine große Zahl von unterschiedlichen Policies, denen eine Bedeutung für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zugesprochen wird (vgl. auch Shaver 2002). In diesem Beitrag liegt der Fokus

auf jenen Policies, für welche ein direkter Effekt auf den individuellen Erwerbentscheid einer Frau postuliert werden kann wie etwa die Arbeitsmarkt-, Familien- oder Steuerpolitik. Auf der anderen Seite werden Policy-Bereiche wie die Bildungs- oder die Migrationspolitik hier nicht speziell betrachtet, da sie die Frauenerwerbsbeteiligung zwar möglicherweise beeinflussen können, jedoch nur auf indirektem Weg: Es sind nicht die politischen Maßnahmen selbst (z.B. hohe Investitionen in die Bildung von Frauen), sondern die Ergebnisse dieser Politik (z.B. ein hohes Bildungsniveau der Frauen), welche sich auf die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen auswirken dürften. Zudem beschränkt sich die Analyse auf Policies, die in der Zuständigkeit der Schweizer Kantone liegen und für die entsprechend substantielle kantonale Unterschiede bestehen. Es handelt sich um Politiken in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Familienpolitik sowie Steuerpolitik, welche kantonal unterschiedliche Policy-Kontexte bilden und von denen sich entsprechend kantonal spezifische Wirkungen auf das Erwerbsverhalten von Frauen erwarten lassen.

Im Bereich der *Arbeitsmarktpolitik* lässt sich insbesondere in Bezug auf die Arrangements zum Schutz vor den Risiken des Arbeitsmarktes ein Einfluss auf die Frauenerwerbstätigkeit erwarten. Allgemein machen Iversen und Rosenbluth (2004: 11) geltend, dass Einrichtungen, die spezifische Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt schützen, wie hohe Jobsicherheit, erfahrungsabhängige Bezahlung oder großzügige von den Arbeitgebern finanzierte Leistungen, die Insider-Outsider-Segregierung auf dem Arbeitsmarkt verfestigen. Da Frauen eher zu den „Outsidern“ im Sinne von generellen Fertigkeiten und wenig spezifischen Erfahrungen gehören, werden sie durch diese Politik benachteiligt. Demgegenüber kann angenommen werden, dass ausgebaute Schutzarrangements im Falle eines Arbeitsmarktverlustes den Anreiz erhöhen, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Bekanntes Beispiel hierfür sind die Schweizer Frauen, die nach der Einführung der Arbeitslosenversicherung in den 1980er Jahren beständiger am Arbeitsmarkt zu partizipieren begannen als noch in den 1970er Jahren, während sie sich in Rezessionsjahren häufig in die „stille Reserve“ und damit vom Arbeitsmarkt zurückzogen (Schmidt 1995). Das Schutzniveau auf dem Arbeitsmarkt ist in der Schweiz grundsätzlich national geregelt. Trotzdem bestehen kantonale Unterschiede bezüglich der Leistungen, die Arbeitslose erhalten. So existiert etwa in einigen Kantonen die so genannte Arbeitslosenhilfe, mit der über die nationale Versicherung hinausgehende Leistungen ausgezahlt werden. Es kann somit die Hypothese aufgestellt werden, dass in Kantonen, die im Falle eines Jobverlusts zusätzlich zur nationalen Arbeitslosenentschädigung Arbeitslosenhilfe vorsehen, die Erwerbsteilnahme von Frauen ausgeprägter ist.

Eine ähnliche Argumentation wie in Bezug zur Arbeitslosenversicherung kann bezüglich der *Sozialpolitik im Allgemeinen* verwendet werden. Nicht nur im Falle von Arbeitslosigkeit, sondern generell kann vermutet werden, dass die Aussicht auf soziale Leistungen, die ein individuelles Arbeitsverhältnis voraussetzen, den Anreiz für Frauen erhöht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Erneut muss für die Kantone gesagt werden, dass die in diesem Zusammenhang typischerweise genannten Instrumente wie Krankheits- und Altersversicherung in der Schweiz grundsätzlich national geregelt sind. Trotzdem verfügen die Kantone über Spielraum im Bereich der sozialen Sicherheit, was sich nicht zuletzt in stark unterschiedlichen kantonalen Sozialleistungsquoten widerspiegelt. Zusammenfassend ist zu erwarten, dass ein hohes Niveau an öffentlichen so-

zialen Leistungen die Frauenerwerbsbeteiligung positiv beeinflusst (Baumgartner 2003, IV; Cornez 1986, 2004: 432; Pierson 2000: 800).

In Bezug auf die *Familienpolitik* im Besonderen wird der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit eine zentrale Rolle für die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zugesprochen (z.B. O'Connor et al. 1999). Dabei rücken haushaltsexterne Kinderbetreuungsarrangements ins Zentrum. Von Bedeutung ist dabei insbesondere, inwiefern soziale Infrastruktureinrichtungen es erlauben, familiäre Pflichten zu externalisieren, um einer Erwerbstätigkeit nachzugehen (Cornez 1986, 2004: 432). Ein hohes Angebot an Kinderbetreuungsangeboten sollte deshalb die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen mit Kindern fördern.

Ein zweites zentrales Element der Familienpolitik ist außerdem die Kompensation der durch Kinder entstehenden Kosten durch den Staat. Kinder sind in der heutigen Gesellschaft wirtschaftlich gesehen teuer und werfen gleichzeitig auf individueller Ebene lediglich einen immateriellen „Nutzen“ ab. Da sie jedoch für die Gesellschaftsentwicklung von außerordentlicher Bedeutung sind, kann erwartet werden, dass sich die Gesellschaft an den privaten Kinderkosten beteiligt (Merz 1996: 65f.). Dies geschieht in der Schweiz einerseits durch das System der Kinderzulagen sowie andererseits durch Steuerabzüge für Kinder bzw. Betreuungskosten, wobei im Umfang der Leistungen und Abzüge große kantonale Unterschiede bestehen. Es kann deshalb die Hypothese formuliert werden, dass die Anreize für eine Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern umso geringer sind, je stärker die Kinderkosten durch den Staat übernommen werden.

Die Argumentation bezüglich der Kinderabzüge von den Steuern deutet nicht zuletzt auf den potentiellen Effekt von *steuerlichen Anreizen* generell hin. Auf kantonaler Ebene dürfte im Anschluss an ökonomische Erklärungsmodelle insbesondere die Höhe der Steuerlast im Verhältnis zum Einkommen von Bedeutung sein.<sup>3</sup> Durch eine hohe Steuerlast kann für Haushalte die Notwendigkeit entstehen, zusätzliches Einkommen zu generieren, dies etwa, indem beide Partner einer Erwerbstätigkeit nachgehen (de Villota und Ferrari 2001: 272; Schmidt 1993: 55). Allerdings kann für direkte Einkommenssteuern in Anlehnung an ökonomische Ansätze auch gerade der umgekehrte Zusammenhang postuliert werden. Demgemäß schmälern hohe Einkommenssteuern das Arbeitsangebot, da Steuern das Nettoeinkommen und somit den Anreiz für eine Erwerbstätigkeit verringern (Leu und Kugler 1986). In Bezug auf die kantonale Steuerlast können deshalb zwei konkurrierende Hypothesen abgeleitet werden: Je höher die Steuerbelastung in einem Kanton ausfällt, desto stärker partizipieren Frauen am Arbeitsmarkt. Oder aber: Je höher die Steuerbelastung in einem Kanton ausfällt, desto geringer ist die Arbeitsmarktpartizipation von Frauen.

<sup>3</sup> Als weitere wichtige steuerpolitische Größe kann das Steuersystem bezeichnet werden. Einen dämpfenden Effekt auf die Frauenerwerbsbeteiligung dürften insbesondere Steuersysteme haben, in denen die Einkommen der Ehepartner gemeinsam versteuert werden (Kenworthy i.E: 19; Mincer 1985: 28; OECD 1988: 166; Schmidt 1993a: 55). Bei der gemeinsamen Besteuerung werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder zusammengezählt. Dies hat zur Folge, dass auf dem zweiten Einkommen, vor dem Hintergrund einer progressiven Besteuerung, ein höherer Steuersatz erhoben wird als auf dem ersten (de Villota und Ferrari 2001: 54; Schmid 1984: 296). Für die Schweizer Kantone kann dieser Effekt nicht überprüft werden, da einerseits Ehepartner in allen Kantonen gemeinsam besteuert werden und zusätzlich auch die kantonalen Unterschiede bezüglich der Steuererleichterungen für Doppelverdiener gering sind.

Im Folgenden sollen diese Hypothesen empirisch überprüft werden. Zu diesem Zweck werden zunächst das methodische Vorgehen sowie die Operationalisierung der Variablen dargelegt.

#### *IV. Forschungsdesign und methodisches Vorgehen*

Zur Beantwortung der Fragestellung wird die Mehrebenenanalyse als adäquate statistische Methode gewählt (Jones 1997). Mit dieser Methode wird sowohl der Einfluss von kontextuellen wie auch von individuellen Einflussgrößen simultan geschätzt. Erst durch Modellierung der hierarchischen Struktur der Daten (jede Messung auf der Individual-ebene kann eindeutig einer Messung auf der kantonalen Ebene zugeordnet werden) lässt sich die Wirkung individueller und kontextueller Merkmale bestimmen (Klein 2004). Einen besonderen Stellenwert erfährt die Mehrebenenanalyse gerade in der vergleichenden Analyse der Auswirkungen institutioneller Arrangements und öffentlicher Politik auf individuelle Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern. Mit der Mehrebenenanalyse werden nun sowohl der Einfluss des Kontextes als auch gleichzeitig die Wirkung individueller Merkmale und Ressourcen auf individuelle Handlungen und Einstellungen modelliert. Das Prinzip der Methode beruht dabei auf der Modellierung der Varianz der Makroebene, so dass gilt:

$$Y_{ij} = \beta_{0j} + \beta_1 \cdot X_{1ij} + \varepsilon_{ij}, \text{ wobei} \quad (1)$$

$$\beta_{0j} = \beta_0 + \mu_{0j} \text{ (}\mu_{0j} \text{ stellen die Residuen auf der Makroebene dar)} \quad (2)$$

Mit diesem Vorgehen wird expliziert, dass individuelles Handeln abhängig von kantonalen Eigenschaften ist. Mit anderen Worten: Es wird im Gegensatz zu herkömmlichen Methoden nicht unterstellt, dass das Niveau der Frauenerwerbstätigkeit (Regressionskonstante  $\beta_0$ ) in allen Kantonen gleich ist, sondern dass es sich um eine veränderliche, von Kontext zu Kontext variierende Größe handelt. Mehrebenenmodelle erlauben ferner die Modellierung bestimmter Makroeigenschaften (hier insbesondere Policies), welche die Varianz auf der Makroebene, d.h. zwischen den Kantonen erklären. Schematisch nimmt ein solches Zweiebenenmodell folgende Form an:

$$Y_{ij} = \beta_0 + \beta_1 \cdot X_{1ij} + \dots + \beta_n \cdot X_{nij} + \alpha_1 \cdot W_{1j} + \dots + \alpha_n \cdot W_{nj} + \mu_{0j} + \varepsilon_{ij} \quad (3)$$

Die individuelle Erwerbsbeteiligung ( $Y$ ) einer Frau  $i$  im Kanton  $j$  wird durch den Gesamtmittelwert ( $\beta_0$ ), individuelle Eigenschaften ( $X$  bzw. deren Schätzer  $\beta$ ) und Eigenschaften der unterschiedlichen Kantone ( $W$  bzw. deren Schätzer  $\alpha$ ) erklärt. Dabei werden neben individuellen Unterschieden ( $\varepsilon_{ij}$ ) auch kontextabhängige Unterschiede der Erwerbsbeteiligung ( $\mu_{0j}$ ) modelliert. Mit Hilfe der Mehrebenenanalyse wird folglich geschätzt, ob und zu welchem Anteil sich die Varianz der individuellen Erwerbsbeteiligung von Frauen auf Unterschiede zwischen den Individuen und auf Unterschiede zwischen den Kantonen zurückführen lässt. Eine weitere Erweiterung des Modells besteht darin, kantonal unterschiedliche Effekte der unabhängigen Variablen zu modellieren. Technisch gesprochen wird damit unterstellt, dass die Steigung der Regressionsgerade zwischen den Kantonen variiert. Diese Steigungsvarianz kann ebenfalls mit Hilfe von

Makroeigenschaften modelliert werden. Gleichung 3 verändert sich zusammenfassend wie folgt, wobei  $\beta_n \cdot X_{nij} + \alpha_1 \cdot W_{1j} + \mu_{kij} \cdot X_{kij}$  für den Einfluss der Kontextvariable  $W_n$  auf den Effekt der Individualvariable  $X_k$  steht.

$$Y_{ij} = \beta_0 + \beta_1 \cdot X_{1ij} + \dots + \beta_{kj} \cdot X_{kij} + \dots + \beta_n \cdot X_{nij} + \alpha_1 \cdot W_{1j} + \dots + \alpha_k \cdot W_{kj} + \dots + \alpha_n \cdot W_{nj} + \dots + \gamma \cdot W_{kj} \cdot X_{kij} + \mu_{oj} + \varepsilon_{ij} + \mu_{kij} \cdot X_{kij} \quad (4)$$

Die zentralen unabhängigen Größen bilden die kantonalen Policy-Variablen. Für die Familienpolitik im engeren Sinne wird die Höhe der Kinderzulagen und des Kinderabzugs bei den Steuern betrachtet. Im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit wird die Zahl der Kinderkrippen pro 1000 Kinder unter sieben Jahren sowie das Ausmaß hinzugezogen, zu welchem Kinderbetreuungskosten von den Steuern abgezogen werden können. Letztere Variable und ebenso der Steuerabzug für Kinder können auch als Teil der kantonalen Steuerpolitik aufgefasst werden. Ergänzt werden diese durch den Gesamtindex der Steuerbelastung. Schließlich wird der Bereich der sozialen Sicherheit allgemein mit Hilfe der kantonalen Sozialausgaben sowie arbeitsmarktspezifisch mit der kantonalen Arbeitslosenhilfe operationalisiert.

Auf individueller Ebene bestimmen Buchmann et al. (2002) für die Schweizer Frauen das Alter, das Bildungsniveau, das Einkommen, den Zivilstand und das Vorhandensein von Kindern als die zentralen erklärenden Variablen. Außerdem wird erwartet, dass sich ausländische Frauen in ihrem Erwerbsverhalten substantiell von Schweizer Frauen unterscheiden. Diese Variablen bilden den individuellen Teil des Modells. Ein Problem stellt die Einkommensvariable dar, welche auf Grund zu vieler fehlender Werte in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung nicht in die Analyse mit einbezogen wird. Theoretisch kann für den Erwerbsentscheid einerseits das potenzielle Einkommen einer Frau, andererseits auch das Haushaltseinkommen eine Rolle spielen. Für das potenzielle Einkommen soll das Bildungsniveau der Frau als adäquater Indikator dienen. Als Indikator für das Haushaltseinkommen wird das Bildungsniveau des Ehe- oder Lebenspartners in die Analyse integriert.

Im Sinne von kontrollierenden Variablen werden auf der Makroebene weitere politische, gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen in die Analyse integriert. Detaillierte Angaben zur Operationalisierung der Variablen, den Hypothesen sowie den Datenquellen finden sich im Anhang.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Festzuhalten bleibt, dass das vorgelegte Forschungsdesign potenziell mit dem Problem der Endogenität behaftet ist. Dies lässt sich insbesondere bezüglich des Zusammenhangs zwischen Frauenerwerbstätigkeit und den sozialpolitischen Policy-Variablen erwarten. So kann zwar einerseits ein kausaler Effekt von wohlfahrtsstaatlicher Politik auf die Frauenerwerbsbeteiligung postuliert werden, umgekehrt jedoch wird die gesteigerte weibliche Arbeitsmarktpartizipation auch als Ursache für die Wohlfahrtsstaatsentwicklung gesehen (vgl. Huber und Stephens 2000: 323ff.; Kamerman 2000, 72). Um der Gefahr falscher kausaler Schlüsse zu entgehen, werden die unabhängigen Variablen deshalb jeweils zu einem früheren Zeitpunkt gemessen als die zu erklärende Variable. Da formal-logisch die Ursache vor der beobachteten Wirkung stehen muss, wird damit die hier interessierende Wirkungsrichtung modelliert. Damit kann verhindert werden, dass kausale Schlüsse gezogen werden, die tatsächlich nur auf einer umgekehrten Kausalität beruhen. Zudem können Policies in dieser kurzfristigen Optik als exogene Rahmenbedingungen betrachtet werden, die sich unmittelbar nicht verändern lassen (vgl. Gornick et al. 1998: 39).

Um den Einfluss der Policies auf die individuelle Erwerbsbeteiligung von Frauen zu untersuchen, wird im Folgenden ein dreistufiges Vorgehen gewählt. In einem ersten Schritt soll ein Nullmodell sowie ein reines Individualmodell darüber Auskunft geben, ob sich die Arbeitsmarktpartizipation der Frauen überhaupt zwischen den Kantonen unterscheidet. Nur wenn eine Kontextvarianz besteht, ist die Anwendung einer Multi-levelanalyse bzw. die Modellierung eines Policy-Kontextes sinnvoll. Danach folgt die Modellierung des Policy-Kontextes, um direkte Policy-Effekte auf das Erwerbsverhalten von Frauen zu analysieren.<sup>5</sup> Schließlich werden Cross-level-Interaktionen zwischen individuellen Variablen und Kontextvariablen getestet, welche Hinweise auf gruppenspezifische Wirkungen von Policies geben können.<sup>6</sup>

#### *V. Empirische Befunde*

*Tabelle 2* präsentiert Modelle zur Erklärung der individuellen Erwerbsintensität. Modell 1 gibt zunächst das Nullmodell wieder. Die Schätzungen lassen den Schluss zu, dass eine zwar im Vergleich zur Individualvarianz geringe, jedoch statistisch signifikante Kontextvarianz existiert. Dies bedeutet, dass sich die Erwerbsintensität einer Frau zwischen den Kantonen systematisch unterscheidet. Diese kantonalen Unterschiede bleiben auch dann signifikant, wenn für die individuellen Faktoren kontrolliert wird (Modell 2). Damit ist die Anwendung einer Mehrebenenanalyse angebracht.

Mit Blick auf Modell 2 zeigt sich im Weiteren, dass sich alle Individualvariablen als hochsignifikant erweisen. So weist das Alter einen umgekehrt u-förmigen Zusammenhang mit der Erwerbsbeteiligung auf. Während die Erwerbsintensität zunächst mit zunehmendem Alter wächst, dreht sich die Entwicklung bei älteren Frauen um. Dahinter dürfte sich neben altersbedingten Ausfällen zum einen ein Generationeneffekt widerspiegeln, zum anderen aber auch die Tatsache, dass Frauen bei der Geburt der Kinder ihre Arbeitsmarktpartizipation nicht selten dauerhaft reduzieren. Außerdem beeinflusst die Bildung die Erwerbstätigkeit. Gut gebildete Frauen arbeiten überdurchschnittlich intensiv, während Frauen mit mittlerer Bildung eine geringere Erwerbsintensität zeigen als schlecht gebildete Frauen. Dieser Befund kann damit begründet werden, dass schlecht gebildete Frauen vor allem aus ökonomischen Gründen und dann jedoch typischerweise substanziell, d.h. zu einem hohen Beschäftigungsgrad, erwerbstätig sind.

Ähnlich sieht die Argumentation für die Ausländerinnen aus, die im Durchschnitt einen geringeren sozio-ökonomischen Status aufweisen als Schweizerinnen und deshalb überdurchschnittlich stark am Erwerbsleben teilnehmen. Des Weiteren sind Mütter sowie Frauen mit einem Ehe- oder Lebenspartner weniger stark in den Arbeitsmarkt integriert. Letzteres ist umso ausgeprägter, je höher der sozio-ökonomische Status des Partners ist.

Im Folgenden dient nun dieses Individualmodell als Basis für die Analyse der Policy-Effekte. Zunächst wird der Einfluss politischer Maßnahmen auf die Frauen insge-

5 Technisch gesprochen wird analysiert, inwiefern Kontextfaktoren zu kantonal unterschiedlichen Achsenabschnitten der Regressionsgeraden führen.

6 Mathematisch ausgedrückt wird hier modelliert, dass Kontextfaktoren die Steigung der Regressionsgeraden beeinflussen.

Tabelle 2: Modelle zur Erklärung der Erwerbsintensität von Frauen

Variablen	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
<i>Fixed Effects</i>						
Konstante	6.22 (0.05)***	7.65 (0.09)***	7.62 (0.11)***	7.41 (0.32)***	7.16 (0.39)***	7.46 (0.17)***
<i>Individualebene</i>						
Alter		-0.04 (0.00)***	-0.04 (0.00)***	-0.04 (0.00)***	-0.04 (0.00)***	-0.04 (0.00)***
Alter quadriert		0.03 <sup>a</sup> (0.00)***				
Kind		-2.00 (0.06)***	-2.00 (0.06)***	-2.00 (0.06)***	-2.00 (0.06)***	-2.00 (0.06)***
Sekundarstufe II		-0.19 (0.06)***	-0.19 (0.06)***	-0.19 (0.06)***	-0.19 (0.06)***	-0.20 (0.06)***
Tertiärstufe		0.42 (0.08)***	0.41 (0.08)***	0.42 (0.08)***	0.42 (0.08)***	0.41 (0.08)***
verheiratet		-1.08 (0.07)***	-1.08 (0.07)***	-1.08 (0.07)***	-1.08 (0.07)***	-1.08 (0.07)***
Ausländerin		0.98 (0.05)***	0.97 (0.05)***	0.98 (0.05)***	0.98 (0.05)***	0.97 (0.05)***
Partner*Bildung		-0.08 (0.03)***	-0.08 (0.03)***	-0.08 (0.03)***	-0.08 (0.03)***	-0.08 (0.03)***
<i>Kontextebene</i>						
Krippe			0.06 (0.03)**			
Kinderbetreuungskosten			-0.02 (0.02)		-0.01 (0.02)	
Kinderzulage				0.08 (0.08)		
Kinderabzug				0.02 (0.03)	0.04 (0.04)	
Steuerindex					0.28 (0.22)	
Arbeitslosenhilfe						0.21 (0.08)**
Sozialausgaben						0.01 (0.01)
<i>Random Effects</i>						
Varianz Individuallevel	7.66 (0.14)***	5.90 (0.08)***	5.90 (0.08)***	5.90 (0.08)***	5.90 (0.08)***	5.90 (0.08)***
Varianz Kontextebene	0.05 (0.02)**	0.02 (0.01)**	0.02 (0.01)*	0.03 (0.01)**	0.03 (0.01)**	0.01 (0.01)
N	11400	11400	11400	11400	11400	11400
2loglikelihood	55585	52594	52590	52594	52592	52586
AIC	55591	52616	52616	52620	52620	52612
BIC	55589	52697	52711	52715	52723	52707

Bemerkungen zu *Tabelle 2*:

Alle Modelle wurden mit der „second order penalised quasi-likelihood“-Methode und RIGSL berechnet (vgl. Goldstein und Rasbash 1996). AIC (=  $-2\log$  likelihood +  $2 \times$  Zahl der geschätzten Koeffizienten) und BIC (=  $-2\log$  likelihood +  $\ln(N)$  Zahl der geschätzten Parameter) geben Auskunft über die Modellgüte.

<sup>a</sup> Der Koeffizient wurde mit zehn multipliziert, um die Interpretation des Koeffizienten zu ermöglichen.

\* = auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant; \*\* = auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant; \*\*\* = auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

samt untersucht, während im Anschluss daran die Gruppe der Mütter speziell betrachtet wird.

1. Der Einfluss von Policies auf die Erwerbsintensität der Frauen im Allgemeinen

In den Modellen 3 bis 6 werden die Policy-Variablen in Gruppen in die Analyse integriert. Modell 3 und 4 sind der kantonalen Familienpolitik gewidmet, wobei in ersterem der Effekt von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf überprüft wird, während in zweiterem jene familienpolitischen Instrumente einer Analyse unterzogen werden, welche bei der ökonomischen Kompensation von Kinderkosten ansetzen.<sup>7</sup> In Modell 5 wird der Effekt steuerpolitischer Instrumente überprüft, während Modell 6 schließlich allgemein sozialpolitische Kontexteffekte analysiert. Es zeigt sich, dass die Policies die kantonalen Niveauunterschiede in der Intensität der Frauenerwerbsbeteiligung nur bedingt erklären können (*Tabelle 2*, Modelle 3 bis 6). Weder die Steuerpolitik noch familienpolitische Maßnahmen, welche durch Kinder entstehende Kosten auf rein finanzieller Ebene kompensieren, können die Frauenerwerbsintensität insgesamt beeinflussen.

Demgegenüber erhält das Krippenangebot in Modell 3 einen signifikanten Koeffizienten. Dies bedeutet, dass ein hohes Krippenangebot in einem Kanton die Erwerbsintensität generell fördert. Gleiches gilt für die kantonale Arbeitslosenhilfe, für welche sich ebenfalls ein positiver und statistisch signifikanter Effekt auf die Erwerbsintensität von Frauen ergibt. Allerdings erweisen sich diese Ergebnisse mit Blick auf die Modelle 7 in *Tabelle 3* nur bedingt als robust. So werden in Modell 7 die signifikanten Policy-Variablen zusammen mit den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Rah-

<sup>7</sup> Es kann argumentiert werden, dass die auf Kinder ausgerichteten familienpolitischen Maßnahmen theoretisch lediglich Frauen mit Kindern beeinflussen und deshalb die empirische Analyse auf die Gruppe der Mütter eingeschränkt werden sollte. Allerdings sind indirekte Effekte solcher Instrumente auf Frauen ohne Kinder nicht auszuschließen. Hervorzuheben sind etwa Frauen mit erwachsenen Kindern, deren Erwerbsbiographie keineswegs als unabhängig vom Faktor Kinderbetreuung und deshalb möglicherweise auch nicht vom kantonalen familienpolitischen Kontext aufgefasst werden kann. (Dies umso mehr, als in den relativen kantonalen Unterschieden in der Familienpolitik eine hohe Konsistenz besteht. Beispielsweise beträgt zwischen dem kantonalen Krippenangebot 1985 und 2001 der Korrelationskoeffizient 0,8. Dies lässt darauf schließen, dass sich die Rahmenbedingungen, auf die Mütter bei ihrem Erwerbsentscheid treffen, im kantonalen Vergleich nicht wesentlich verändert haben.) Aus diesem Grund wird der Effekt dieser familienpolitischen Maßnahmen auch auf die Frauen insgesamt überprüft. Es muss aber bemerkt werden, dass es sich dabei um eine konservative Schätzung des Policy-Einflusses auf die Frauenerwerbstätigkeit handelt.

Tabelle 3: Ökonomischen und politische Rahmenbedingungen sowie Interaktionseffekte zur Erklärung der Erwerbsintensität von Frauen

Variablen	Modell 7	Modell 8	Modell 9
<i>Fixed Effects</i>			
Konstante	7.45 (0.48)***	7.66 (0.13)***	7.62 (0.11)***
<i>Kontextebene</i>			
Krippe	0.00 (0.06)	-0.02 (0.03)	
Arbeitslosenhilfe	0.10 (0.11)		
Sozialausgaben			-0.04 (0.01)**
Arbeitslosenquote	0.22 (0.12)*	-0.01 (0.05)	0.04 (0.04)
Pro-Kopf-Einkommen	0.20 (3.38)		
Frauen im Parlament	0.56 (0.89)		
Linke Parteien	-0.30 (0.60)		
Sektor 3	-0.11 (0.45)		
Öffentlicher Sektor	-0.22 (1.74)		
Urbanisierungsgrad	-0.57 (0.29)		
Katholizismus	-0.14 (0.27)		
<i>Cross-level interactions</i>			
Kind*Krippe		0.21 (0.06)***	
Kind*Sozialausgaben			0.13 (0.03)***
<i>Random Effects</i>			
Kind Varianz		0.10 (0.00)	0.07 (0.00)
Kovarianz			
Varianz Individuallevel	7.66 (0.14)***	5.85 (0.08)***	5.85 (0.08)***
Varianz Kontextebene	0.05 (0.02)**	0.00 (0.00)	0.00 (0.00)
N	11400	11400	11400
2loglikelihood	52577	52509	52502
AIC	52615	52539	52532
BIC	52754	52649	52642

Bemerkungen zu *Tabelle 3*:

Alle Modelle wurden mit der „second order penalised quasi-likelihood“-Methode und RIGSL berechnet (vgl. Goldstein und Rasbash 1996). AIC (=  $-2\log$  likelihood +  $2 \times$  Zahl der geschätzten Koeffizienten) und BIC (=  $-2\log$  likelihood +  $\ln(N)$  · Zahl der geschätzten Parameter) geben Auskunft über die Modellgüte. Für Individualeffekt wurde kontrolliert, auf eine Abbildung jedoch im Dienste der besseren Übersichtlichkeit verzichtet.

\* = auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant; \*\* = auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant; \*\*\* = auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

menbedingungen einer Analyse unterzogen. Dabei stellt sich die Arbeitslosenquote als wichtigste Variable heraus, während die restlichen Größen inklusive der Policy-Variablen nicht statistisch signifikant sind. Eine hohe Arbeitslosenquote fördert die Intensität der Frauenerwerbstätigkeit. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass sich vor allem Frauen mit geringen Beschäftigungsgraden bei konjunkturellen Arbeitsmarkt-Problemen vom Erwerbsleben zurückziehen. Demgegenüber können substanziiell erwerbstätige Frauen gegebenenfalls stärker von Arbeitslosenunterstützungen profitieren und haben deshalb keinen Anreiz, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Insgesamt macht Modell 7 deutlich, dass die Arbeitslosenquote ein zentraler Indikator für die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen in einem Kanton darstellt. Sie wird deshalb in alle weiteren Modelle integriert.

Anzumerken bleibt, dass dieses Modell stark von Multikollinearität betroffen ist. So betreiben insbesondere Kantone mit hoher Arbeitslosenquote eine großzügige Arbeitslosenpolitik (Pearsons  $r = 0,70$ ), weisen aber auch ein großes Krippenangebot auf (Pearsons  $r = 0,79$ ). Dies kann damit erklärt werden, dass gerade die stark urbanen Kantone sowie die Romandie einerseits überdurchschnittlich stark von Arbeitsmarkt-Problemen betroffen sind, andererseits jedoch generell über ein höheres Niveau an externer Kinderbetreuung verfügen.

Da die Gruppe der Frauen als sehr heterogen bezeichnet werden kann (Hakim 1996), besteht die Gefahr, gewisse Policy-Effekte zu unterschätzen, wenn diese einheitlich für alle Frauen geschätzt werden (vgl. auch Fußnote 6). In der Tat zeigt sich, dass die Analyse von „cross-level interactions“ (Modelle 8 bis 13) für die Erklärung der Arbeitsintensität von Frauen von besonderer Bedeutung ist. Dies, weil sich damit detailliertere Aussagen zu den Effekten des sozialpolitischen Kontexts auf spezifische Gruppen von Frauen formulieren lassen.<sup>8</sup> Die Modelle 8 und 9 machen deutlich, dass eine großzügige Sozialpolitik allgemein und ein hohes Krippenangebot im Speziellen die Er-

8 Es werden jene Interaktionseffekte abgebildet, die aus theoretischer Sicht sinnvoll sind und einen signifikanten Koeffizienten erhalten. Auf Grund der beschränkten Zahl an Level-2-Einheiten können die Interaktionseffekte nicht alle gleichzeitig in ein Modell integriert werden. So sind etwa allein bei den Interaktionseffekten unter Einbezug der Kindervariablen durch die Randomisierung der individuellen Variable zwei Varianzen und eine Kovarianz auf Level 2 zu schätzen. Neben der jeweiligen Kontextvariable sowie der wichtigen Arbeitslosenquoten sind auf dieser zweiten Ebene damit bereits fünf Parameter zu schätzen. Es wird deshalb außer der statistischen Signifikanz auch die durch den Interaktionseffekt reduzierte Kontextvarianz als Maß für die Relevanz der Cross-level-Effekte hinzugezogen. Aus dem gleichen Grund wird in den Modellen 10 bis 13, in denen zusätzliche Interaktionen auch auf individueller Ebene berechnet werden, auf eine Randomisierung der individuellen Variablen verzichtet. Wie weitere, nicht abgebildete Robustheitsanalysen zeigen, werden die präsentierten Befunde davon jedoch nicht beeinflusst.

werbsintensität von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren fördern.<sup>9</sup> Damit beeinflusst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar nur bedingt die Frauenerwerbstätigkeit generell, prägt jedoch durchaus das Erwerbsverhalten von Müttern. Dies deutet auf den ermöglichenden Charakter von externer Kinderbetreuung hin, den Frauen für höhere Beschäftigungsgrade nutzen.

## 2. Der Einfluss von Policies auf die Erwerbsintensität von Müttern im Besonderen

Vor dem Hintergrund obiger Befunde können unterschiedliche Effekte sozialpolitischer Maßnahmen auf Frauen mit und ohne Kinder als zentral für die Erklärung der Frauenerwerbsintensität bezeichnet werden. Auf Grund der wichtigen Rolle, die Kinder bzw. ihre Betreuung für das Erwerbsverhalten von Frauen spielen, wird im Folgenden die Gruppe der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren in Bezug auf die Erwerbsintensität genauer betrachtet. Die entsprechenden Modelle sind in *Tabelle 4* abgebildet.

Modell 10 analysiert den Effekt von Kindern sowie des Krippenangebots auf die unterschiedlichen Bildungsgruppen. Dabei zeigt sich zum einen ein negativer Effekt des Bildungsniveaus auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Dies deutet darauf hin, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen mit hoher und noch verstärkt mit mittlerer Bildung stärker von den Betreuungspflichten abhängt als die Arbeitsmarktpartizipation von schlecht gebildeten Frauen, die zwar generell seltener erwerbstätig sind, doch im Falle einer Berufstätigkeit oft substanziell in den Arbeitsmarkt integriert sind. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass gerade Jobs für schlecht Gebildete häufig wenig attraktiv sind und deshalb keinen starken Anreiz generieren, nach der Geburt eines Kindes erwerbstätig zu bleiben, außer, eine (typischerweise substanzielle) Erwerbstätigkeit sei aus ökonomischen Gründen notwendig. Außerdem scheinen gerade besser gebildete Frauen eher die Möglichkeit und vor allem den Anreiz zu haben, nach der Geburt eines Kindes zwar erwerbstätig zu bleiben, jedoch ihren Beschäftigungsgrad zu reduzieren.

Zum anderen beeinflusst das Krippenangebot in einem Kanton die Erwerbstätigkeit von Müttern verschiedener Bildungsschichten unterschiedlich. So zeigt der signifikante Interaktionseffekt für Mütter mit einem Bildungsabschluss auf Sekundarstufe II, dass das Erwerbsverhalten von Frauen der mittleren Bildungsgruppe signifikant stärker vom Krippenangebot abhängt als jenes von schlecht oder hoch gebildeten Müttern. *Abbildung 1* gibt dieses Ergebnis grafisch wieder.

Frauen mit hohem Bildungsniveau sind, wie bereits diskutiert, überdurchschnittlich stark erwerbstätig, und dies, wie sich zeigt, relativ unabhängig vom Kinderbetreuungsangebot. Frauen mit niedriger Bildung auf der anderen Seite sind zwar deutlich seltener in den Arbeitsmarkt integriert. Wenn dies jedoch der Fall ist, dann sind diese Frauen meist aus ökonomischen Gründen und substanziell erwerbstätig. Auch für diese Frauen übt das Kinderbetreuungsangebot deshalb nur einen geringen Einfluss auf das Erwerbsverhalten aus. Anders sieht es bei Frauen mit mittlerer Bildung aus. Sie haben auf Grund ihrer Bildung durchaus Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sind aber nicht so

<sup>9</sup> Für die restlichen Policy-Variablen ergeben sich keine statistisch signifikanten Interaktionen mit individuellen Charakteristiken.

Tabelle 4: Interaktionseffekte zur Erklärung der Erwerbsintensität von Müttern

Variablen	Modell 10	Modell 11	Modell 12	Modell 13
<i>Fixed Effects</i>				
Konstante	7.45 (0.48)***	7.66 (0.13)***	7.62 (0.11)***	7.41 (0.32)***
<i>Individualebene</i>				
Partner*SekI				0.58 (0.18)**
Partner*SekII				-0.23 (0.15)**
Partner*Tertiär				-0.47 (0.16)**
Kind*SekII	-1.25 (0.15)***			
Kind*Tertiär	-0.65 (0.19)***			
Kind*verheiratet		-0.10 (0.23)		
Kind*Ausländerin			1.18 (0.13)**	
<i>Kontextebene</i>				
Krippe	-0.09 (0.04)***	-0.09 (0.04)**	-0.08 (0.04)**	-0.11 (0.03)**
Arbeitslosenhilfe	0.14 (0.06)**	0.15 (0.06)**	0.15 (0.06)**	0.16 (0.04)***
<i>Cross-level interactions</i>				
Kind*Krippe	0.10 (0.05)***	0.19 (0.09)**	0.19 (0.09)**	0.18 (0.05)**
Kind*SekII*Krippe	0.10 (0.06)*			
Kind*Tertiär*Krippe	-0.01 (0.07)			
Kind*verheiratet*Krippe		-0.03 (0.09)		
Kind*Ausländerin*Krippe			-0.08 (0.05)*	
Kind*Partner SekI*Krippe				0.00 (0.00)
Kind*Partner SekII*Krippe				0.02 (0.06)
Kind*Partner Tertiär*Krippe				-0.01 (0.06)
<i>Random Effects</i>				
Varianz Individuallevel	5.84 (0.08)***	5.89 (0.08)***	5.83 (0.08)***	5.45 (0.06)***
Varianz Kontextebene	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.01 (0.00)

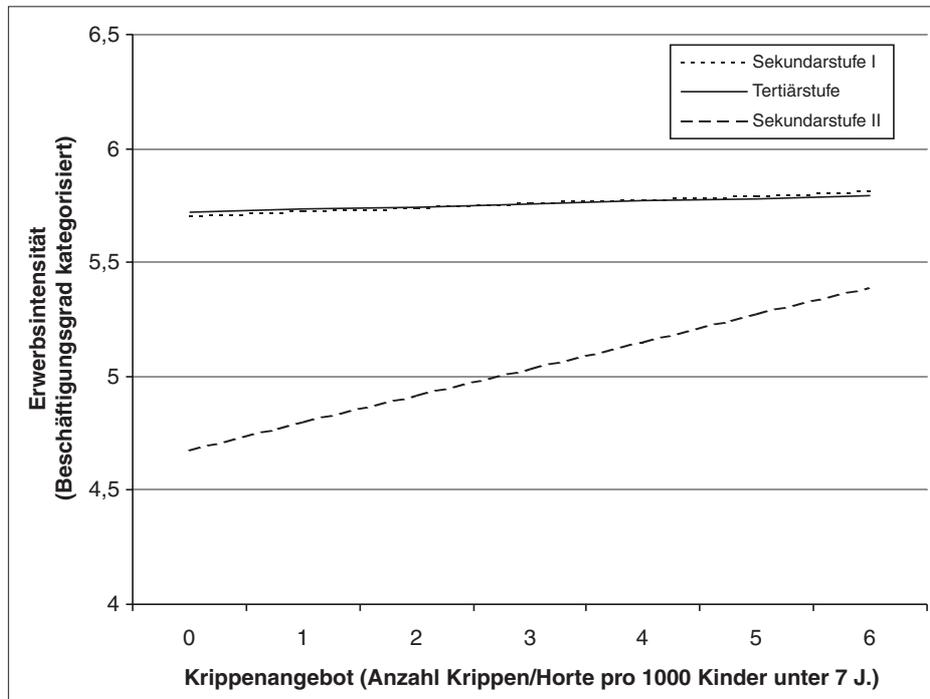
Fortsetzung *Tabelle 4*:

Variablen	Modell 10	Modell 11	Modell 12	Modell 13
N	11400	11400	11400	11400
2loglikelihood	52457	52556	52439	74228

*Bemerkungen:* Alle Modelle wurden mit der „second order penalised quasi-likelihood“ Methode und RIGSL berechnet (vgl. Goldstein und Rasbash 1996). AIC (=  $-2\log$  likelihood +  $2 \times$  Zahl der geschätzten Koeffizienten) und BIC (=  $-2\log$  likelihood +  $\ln(N)$  Zahl der geschätzten Parameter) geben Auskunft über die Modellgüte. Für Individualeffekt wurde kontrolliert, auf eine Abbildung jedoch im Dienste der besseren Übersichtlichkeit verzichtet.

\* = auf dem Zehn-Prozent-Niveau signifikant; \*\* = auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant; \*\*\* = auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.

*Abbildung 1:* Die Erwerbsintensität in Abhängigkeit von Bildungsniveau und Krippenangebot



*Bemerkungen:* SAKE 2003; eigene Darstellung auf Basis von Modell 10. Die Variable Erwerbsintensität entspricht dem kategorisierten Beschäftigungsgrad und nimmt somit Werte zwischen 1 (1–5 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche) bis 9 (über 40 Stunden pro Woche) an. Das Krippenangebot wird mit der Zahl an Kinderkrippen und Horten pro 1000 Kinder unter 7 Jahren gemessen. Operationalisierung im Anhang.

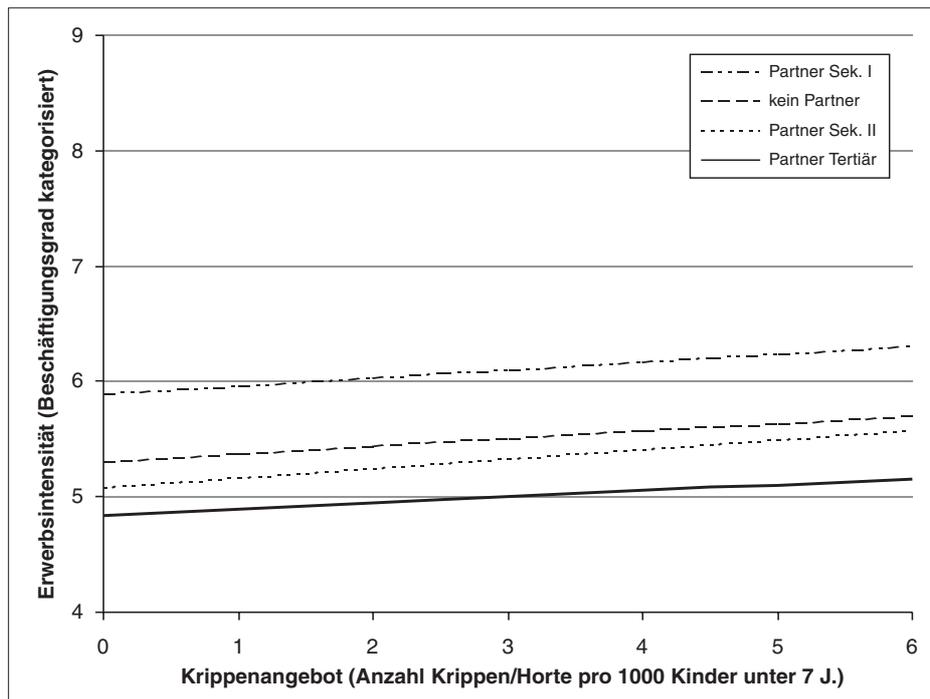
stark an den Arbeitsmarkt gebunden wie Frauen mit hoher Bildung. In der Kategorisierung nach Hakim (2003) gehören sie meist weder zu den „work-centred“ noch zu den „home-centred“, sondern machen ihre Erwerbsbeteiligung nicht zuletzt von den Rahmenbedingungen abhängig. Für diese Frauen spielt deshalb das Angebot an Kinderkrippen eine Rolle, wenn es darum geht, ihr Zeitbudget zwischen Kinderbetreuung

und Erwerbstätigkeit aufzuteilen. Sie nehmen deutlich intensiver am Arbeitsmarkt teil, wenn das Kinderbetreuungsangebot in einem Kanton relativ groß ist.

Eine analoge Argumentation kann für die Ergebnisse betreffend Bildungsniveau des Lebenspartners angebracht werden (Modell 13 sowie *Abbildung 2*). So sind jene Frauen besonders intensiv in den Arbeitsmarkt integriert, die einen Lebenspartner mit geringer Ausbildung haben. Dies kann erneut auf die ökonomische Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit beider Partner zurückgeführt werden, der insbesondere Paare aus unteren sozialen Schichten unterliegen. Insgesamt nimmt deshalb die Erwerbsintensität einer Frau mit zunehmender Bildung des Partners ab. Dass alleinerziehende Frauen sogar weniger stark am Erwerbsleben teilnehmen als Mütter mit schlecht gebildeten Partnern lässt sich damit erklären, dass erstere bezüglich ihres sozialen Status eine heterogene Gruppe darstellen und deshalb sehr unterschiedlichen Anreizen und Zwängen ausgesetzt sind.

*Abbildung 2* zeigt im Weiteren, dass das Krippenangebot Mütter unabhängig von der Haushaltssituation beeinflusst. Dies kann auch dahingehend interpretiert werden, dass ein hohes Krippenangebot nicht nur die Erwerbsintensität jener Frauen fördert, die „freiwillig“ erwerbstätig sind, sondern gerade auch die Möglichkeiten von Frauen

*Abbildung 2:* Die Erwerbsintensität in Abhängigkeit von Bildungsniveau des Partners und Krippenangebot



*Bemerkungen:* SAKE 2003; eigene Darstellung auf Basis von Modell 13. Die Variable Erwerbsintensität entspricht dem kategorisierten Beschäftigungsgrad und nimmt somit Werte zwischen 1 (1–5 Stunden Erwerbstätigkeit pro Woche) bis 9 (über 40 Stunden pro Woche) an. Das Krippenangebot wird mit der Zahl an Kinderkrippen und Horten pro 1000 Kinder unter 7 Jahren gemessen. Operationalisierung im Anhang.

aus unteren sozialen Schichten im Arbeitsmarkt verbessert, die einer Erwerbsarbeit nachgehen *müssen*. In diesem Sinne kann einem genügenden Krippenangebot eine diskriminierungsvermindernde Wirkung zugesprochen werden.

Außerdem zeugt Modell 11 davon, dass sich verheiratete Mütter in ihrer Erwerbsintensität nicht substanziell von verheirateten Frauen ohne Kinder unter 15 Jahren unterscheiden. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass insbesondere Frauen der älteren Generationen nach der Kinderbetreuungsphase häufig nur noch in Teilzeit in den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Schließlich erweisen sich die Unterschiede zwischen Schweizerinnen und Ausländerinnen als bedeutsam (Modell 12). Zunächst bestätigt sich der Befund aus der vorangehenden Analyse, wonach Ausländerinnen intensiver am Arbeitsmarkt partizipieren als Schweizerinnen. Dieser Unterschied ist nun sogar noch ausgeprägter, wenn nur Mütter betrachtet werden. Hinzu kommt, dass der erwerbsfördernde Effekt eines großen Kinderbetreuungsangebots für ausländische Mütter geringer ist. Das heißt, sie machen ihre Erwerbsintensität deutlich weniger von Möglichkeiten externer Kinderbetreuung abhängig als Schweizer Mütter. Weitere nicht präsentierte Analysen zeigen, dass Ausländerinnen überdurchschnittlich häufig einen schlecht gebildeten Partner haben. Vor dem Hintergrund der Befunde bezüglich der Haushaltssituation bestätigt dies die Vermutung, wonach die starke Arbeitsmarkteinbindung von ausländischen Müttern häufig das Resultat schwieriger ökonomischer Haushaltsverhältnisse ist.

## VI. Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Frage, ob kantonal unterschiedliche Politik das Erwerbsverhalten von Frauen beeinflusst. Die zentralen Befunde können wie folgt zusammengefasst werden.

1. In Übereinstimmung mit früheren Studien hat sich gezeigt, dass individuelle Faktoren für das Erwerbsverhalten einer Frau wichtige Bestimmungsgründe darstellen. Hervorzuheben ist dabei nicht zuletzt die Schulbildung, welche auch ein Indikator dafür ist, wie groß der „Verlust“ an Einkommen und Humankapital ist, wenn auf eine Erwerbsbeteiligung verzichtet wird. Umgekehrt verringert ein Lebenspartner mit mittlerer oder hoher Bildung die Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit von Frauen und reduziert deshalb die Intensität ihrer Erwerbsteilnahme. Gleichzeitig zeugen die Befunde auf individueller Ebene vom potentiellen Dilemma zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit. Dies spiegelt sich einerseits im klar negativen Einfluss von Kindern auf die Wahrscheinlichkeit einer Arbeitsmarktpartizipation wider, aber auch in den altersspezifischen Erwerbsverläufen, welche eine umgekehrt u-förmige Form annehmen. Schließlich sind Ausländerinnen häufiger substanziell erwerbstätig als Schweizerinnen, die überwiegend in Teilzeit arbeiten.

2. Das individuelle Erwerbsverhalten von Frauen ist jedoch nicht unabhängig vom Policy-Kontext einer Frau. Während steuerpolitische und rein auf der finanziellen Ebene ansetzende familienpolitische Instrumente die Erwerbsintensität nicht beeinflussen, können die Ausgestaltung der Sozialpolitik im Allgemeinen sowie im Besonderen fami-

lienpolitische Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf die kantonal unterschiedlichen Erwerbsintensitäten von Frauen erklären. Dabei beeinflusst der sozialpolitische Kontext vor allem die Wirkung individueller Ressourcen und Charakteristiken. Anders ausgedrückt, und dies ist der zentrale Befund dieses Beitrags, ist der Effekt von Policies gruppenspezifisch. Damit bestätigen diese Ergebnisse nicht zuletzt die Annahme von Schmid (1984: 281), wonach Policy-Effekte variieren, je nachdem auf welche Motive, Grundhaltungen und Verhaltensformen sie treffen. Konkret beeinflussen Policies zunächst vor allem jene Frauen, die auf Grund ihres individuellen Hintergrunds durch die jeweilige politische Maßnahme oder das Instrument angesprochen werden. Als zentral erweisen sich dabei Kinderbetreuungsangebote, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen mit Kindern verbessern. So fördert ein gut ausgebautes Krippenangebot in erster Linie generell Frauen mit Kindern und dabei speziell Mütter der Mittelschicht, für welche Erwerbstätigkeit kein Muss, sondern „freiwillig“ ist. Dabei machen Mütter mit mittlerer Bildung eine Erwerbstätigkeit noch verstärkt davon abhängig, wie gut sie die Kinderbetreuung externalisieren können. Erwähnenswert bleibt schließlich, dass ein hohes Krippenangebot aber auch die Erwerbsmöglichkeiten jener Frauen erhöht, für die eine Erwerbsbeteiligung ökonomische Notwendigkeit ist. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Chancengleichheit im Arbeitsmarkt verbessert.

3. Der Befund, dass etwa das Krippenangebot insbesondere jene Frauen beeinflusst, welche auch tatsächlich Kinder haben, scheint sehr plausibel und insofern nichts Neues zu sein. Tatsächlich wurde dieser Wirkungszusammenhang jedoch in bisherigen Studien konkret noch nicht empirisch nachgewiesen. Denn ein positiver Zusammenhang zwischen dem Kinderbetreuungsangebot und der Erwerbstätigkeit auf Makroebene, wie er bereits in einigen vergleichenden Untersuchungen gezeigt werden konnte, birgt die Gefahr des ökologischen Fehlschlusses: Es ist durchaus denkbar, dass ein ausgebautes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen lediglich grundsätzlich positive Einstellungen in einer Gesellschaft gegenüber Frauenerwerbstätigkeit widerspiegelt und deshalb mit einer generell höheren Frauenerwerbsbeteiligung verbunden ist, jedoch nicht speziell jene Frauen beeinflusst, welche durch das Policy-Instrument tatsächlich angesprochen werden sollen. Umgekehrt findet etwa Kenworthy (i.E.) in ihrem internationalen Vergleich auf Makroebene keinen statistischen Einfluss des Kinderbetreuungsangebots auf die Frauenerwerbstätigkeit, was vor dem Hintergrund der vorliegenden Analyse darauf zurückgeführt werden muss, dass dieses Design zu stark für Frauen mit und ohne Kinder generalisiert. Die hier präsentierten Ergebnisse der Mehrebenenanalyse sind deshalb einerseits die erste empirische Bestätigung eines seit langem vermuteten Zusammenhangs, und damit andererseits von politischer Relevanz. Letztere liegt insbesondere darin, dass die Befunde auf die Wichtigkeit von bewussten politischen Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt hinweisen: Eine intensivere Arbeitsmarktpartizipation von Frauen ist nicht einfach so als „Nebenprodukt“ steuerpolitischer oder allgemeiner sozialpolitischer Maßnahmen in Anlehnung an Schmidt (1993: 28) zu erreichen. Vielmehr bedarf es konkret auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtete Instrumente und gegebenenfalls aktives öffentliches Handeln, um insbesondere die Möglichkeit von Müttern auf dem Arbeitsmarkt qualitativ zu verbessern.

## Anhang

## Hypothesen und Operationalisierung der Variablen

Variable	Erwarteter Zusammenhang	Operationalisierung/Quelle*
<b>Abhängige Variable</b>		
Erwerbsintensität		Die wöchentliche Arbeitszeit ist kategorisiert und weist 9 Ausprägungen auf: 1–5 Stunden (1), 6–10 Stunden (2), 11–15 Stunden (3), 16–20 Stunden (4), 21–25 Stunden (5), 26–30 Stunden (6), 31–35 Stunden (7), 36–40 Stunden (8) sowie 40 und mehr Stunden (9).
<b>Unabhängige Variablen Individuallevel</b>		
Alter	Frauen der jüngeren Generationen beteiligen sich stärker am Arbeitsmarkt als ältere Frauen. Dabei besteht zwischen Alter und Erwerbstätigkeit eine umgekehrt u-förmige Beziehung.	Alter in Jahren, Alter in Jahren quadriert.
Kind	Mütter beteiligen sich weniger intensiv am Arbeitsmarkt als Frauen ohne Kinder.	Dummy: 1 wenn mindestens ein Kind unter 15 Jahren; 0 = kein Kind unter 15 Jahren.
Bildungsniveau	Frauen mit hohem Bildungsniveau beteiligen sich stärker am Arbeitsmarkt als schlecht gebildete Frauen.	Höchste abgeschlossene Ausbildung, drei Kategorien. Referenzgruppe: Bildungsabschluss auf Sekundarstufe I, je ein Dummy für Sekundarstufe II und Tertiärstufe.
verheiratet	Verheiratete Frauen beteiligen sich weniger intensiv am Arbeitsmarkt als alleinstehende Frauen.	Dummy: verheiratet (1); ledig, verwitwet, getrennt. (0)
Ausländerin	Ausländerinnen sind stärker in den Arbeitsmarkt integriert als Schweizerinnen.	Dummy: Ausländerin (1); Schweizerin (0)
Partner*Bildung	Frauen mit Ehe- oder Lebenspartner sind weniger häufig und weniger intensiv erwerbstätig als allein stehende Frauen. Dieser Effekt nimmt mit zunehmendem Bildungsniveau des Mannes zu.	Interaktionseffekt zwischen einem Dummy (1 = Frau mit Ehe- oder Lebenspartner, 0 = kein Partner) und dem Bildungsniveau des Partners (1 = Sekundarstufe I, 2 = Sekundarstufe II, 3 = Tertiärstufe).
<b>Unabhängige Variablen Kontextlevel: Policies</b>		
Kinderzulage	Je höher die Kinderzulagen, desto geringer die Erwerbsintensität. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihr berufliches Engagement von der Vereinbarkeit mit familiären Pflichten abhängig machen.	Kantonale Kinderzulage für das 1. Kind in 100 CHF, Stand 2003; Bundesamt für Sozialversicherung (BSV 2003).
Kinderabzug	Je höher der Kinderabzug von den Einkommenssteuern ist, desto geringer ist die Intensität der Erwerbstätigkeit. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihr berufliches Engagement von der Vereinbarkeit mit familiären Pflichten abhängig machen.	Kantonaler Abzug von den Einkommenssteuern pro Kind in 1000 CHF, Stand 2002 (wenn abgestuft: Abzug für nichtschulpflichtige Kinder); Eidg. Steuerverwaltung (ESTV 2002).

Variable	Erwarteter Zusammenhang	Operationalisierung/Quelle*
Krippen	Je größer das Krippenangebot in einem Kanton, desto höher ist die Erwerbsintensität von Frauen. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihr berufliches Engagement von der Vereinbarkeit mit familiären Pflichten abhängig machen.	Anzahl Kinderkrippen und Kinderhorte pro 1000 Kinder unter 7 Jahren, aus Betriebszählung 2001.
Abzug Kinderbetreuungskosten	Je stärker Kinderbetreuungskosten über Steuerabzüge externalisiert werden können, desto intensiver partizipieren Frauen mit Kindern am Arbeitsmarkt. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihr berufliches Engagement von der Vereinbarkeit mit familiären Pflichten abhängig machen.	Höhe der Steuerabzüge für Kinderbetreuungskosten in 1000 CHF, Stand 2000; Eidg. Steuerverwaltung (ESTV 2000b).
Steuerindex	Je höher der Steuerindex, desto höher (geringer) ist die Erwerbsintensität von Frauen.	Gesamtindex der Steuerbelastung in den Kantonen; Eidg. Steuerverwaltung (ESTV 2000a).
Arbeitslosenhilfe	In Kantonen, die über das AVIG hinausgehende Arbeitslosenhilfe anbieten, ist die Intensität einer Frauenerwerbstätigkeit höher.	Dummy: Arbeitslosenhilfe existiert (1); keine Arbeitslosenhilfe (0), Stand 2002; BFS (2006, S. 10).
Sozialausgaben	Je höher die Ausgaben für soziale Wohlfahrt in einem Kanton sind, desto stärker beteiligen sich Frauen am Arbeitsmarkt. Dies gilt insbesondere für Frauen, die ihr berufliches Engagement von der Vereinbarkeit mit familiären Pflichten abhängig machen.	Höhe der kantonalen (und kommunalen) Ausgaben für Soziale Wohlfahrt in 100 Franken pro Kopf (Sozialleistungsquote), 2002; Eidg. Finanzverwaltung (EFV 2004, S. 69).
<b>Unabhängige Variablen Kontextlevel: Kontrollgrößen</b>		
3. Sektor	Je größer der Dienstleistungssektor in einem Kanton ist, desto höher ist die Intensität der Erwerbstätigkeit von Frauen.	Anteil der Beschäftigten im dritten Sektor gemäß Betriebszählung, Werte für 2003 extrapoliert; Quelle: Bundesamt für Statistik, Eidg. Betriebszählung.
Öffentliche Beschäftigung	Je mehr Personen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, desto höher ist die Erwerbsintensität einer Frau.	Anteil öffentlich Beschäftigter am Total aller Beschäftigten, 2001 Quelle: Bundesamt für Statistik, Eidg. Betriebszählung.
Pro-Kopf-Einkommen	Je reicher ein Kanton ist, desto stärker sind die Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.	Kantonales Pro-Kopf Einkommen, 2000; Quelle: Vatter et al. (2004).
Linke Parteien	Je stärker die linken Parteien in einem Kanton vertreten sind, desto stärker sind die Frauen im Arbeitsmarkt tätig.	Anteil linker Parteien in den kantonalen Regierungen, 2003; Quelle: Hirter et al. (verschiedene Jahre).
Frauen im Parlament	Je mehr Frauen im kantonalen Parlament vertreten sind, desto stärker sind Frauen in den Arbeitsmarkt integriert.	Anteil Frauen in den kantonalen Parlamenten, 2003; Quelle: Rielle (2005).

*Bemerkungen:* \* Quelle wird nur für die Kontextgrößen angegeben. Alle Individualvariablen stammen aus dem SAKE-Datensatz 2003.

## Literatur

- Baumgartner, Doris*, 2003: Frauen im mittleren Erwerbsalter. Eine Studie über das Potenzial erhöhter Arbeitsmarktpartizipation von Frauen. Bericht im Rahmen des Forschungsprogramms zur längerfristigen Zukunft der Alterssicherung (IDA ForAlt). Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Beckmann, Petra*, 2003: Die Beschäftigungsquote – (k)ein guter Indikator für die Erwerbstätigkeit von Frauen? Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung.
- Bundesamt für Statistik (BFS)*, 2006: Die schweizerische Sozialhilfestatistik 2004. Erste gesamtschweizerische Ergebnisse, BFS aktuell, 13 Soziale Sicherheit. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)*, 2003: Familienzulagen in den Kantonen, Ansätze 2003 in Franken pro Monat (Stand 1. Januar). Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Buchmann, Marlies, Irène Kriesi, Andrea Pfeifer und Stefan Sacchi*, 2002: Halb drinnen – halb draussen. Analysen zur Arbeitsmarktintegration von Frauen in der Schweiz. Chur/Zürich: Rüegger.
- Bussemaker, Jet, und Kees V. Kersbergen*, 1994: Gender and Welfare States: Some Theoretical Reflections. S. 8–25 in: *Diane Sainsbury* (Hg.), *Gendering Welfare States*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.
- Cornetz, Wolfgang*, 1986, 2004: Theorie und Empirie des Arbeitskraftangebots. Über die Bestimmungsründe und den Wandel des geschlechterspezifischen Erwerbsverhaltens. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Daly, Mary*, 2000: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. S. 467–510 in: *Fritz W. Scharpf und Vivien A. Schmidt* (Hg.), *Welfare and Work in the Open Economy*, Bd. II. Diverse Responses to Common Challenges. Oxford: Oxford University Press.
- De Villota, Paloma, und Ignacio Ferrari*, 2001: The Impact of the Tax/Benefit System on Women's Work. Madrid: Europäische Kommission.
- Diekmann, Andreas*, 1999: Empirische Sozialforschung, 5., durchgesehene Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Drobnic, Sonja, Hans-Peter Blossfeld und Götz Rohwer*, 1999: Dynamics of Women's Employment Patterns over the Family Life Course: A Comparison of the United States and Germany, *Journal of Marriage and the Family* 61: 133–146.
- Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)*, 2004: Öffentliche Finanzen der Schweiz. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Esping-Andersen, Gosta*, 1990: Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge/Oxford: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gosta*, 2002: Why We Need a New Welfare State. Oxford: Oxford University Press.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)*, 2000a: Steuerbelastung in der Schweiz. Kantonshauptorte und Kantonsziffern. Bern: Eidg. Steuerverwaltung.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)*, 2000b: Steuerliche Behandlung von Kinderbetreuungskosten in den Kantonen, Abteilung Steuerstatistik und Dokumentation. Bern: Eidg. Steuerverwaltung.
- Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)*, 2002: Sozialabzüge vom Einkommen, Abteilung Steuerstatistik und Dokumentation. Bern: Eidg. Steuerverwaltung.
- Freitag, Markus, und Adrian Vatter*, 2000: Direkte Demokratie, Konkordanz und Wirtschaftsleistung. Ein Vergleich der Schweizer Kantone. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 136: 579–606.
- Goldstein, Harvey, und Jon Rasbash*, 1996: Improved Approximations for Multilevel Models with Binary Responses. *Journal of the Royal Statistical Society, Series A* 159: 505–513.
- Gornick, Janet C., Marcia K. Meyers und Katherin E. Ross*, 1998: Public Policies and the Employment of Mothers: A Cross-National Study. *Social Science Quarterly* 79: 35–54.
- Hakim, Catherine*, 1995: Five Feminist Myths about Women's Employment. *The British Journal of Sociology* 46: 429–455.

- Hakim, Catherine, 1996: The Sexual Division of Labour and Women's Heterogeneity. *The British Journal of Sociology* 47: 178–188.
- Hakim, Catherine, 2003: Models of the Family, Fertility and Employment Patterns. Paper presented to Euroconference on The Second Demographic Transition in Europe: The Implications of Family and Fertility Change for Individuals, Families and Society, Belgium.
- Hirter, Hans et al. (verschiedene Jahre): *Année politique suisse*. Bern: Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Huber, Evelyne, und John D. Stephens, 2000: Partisan Government, Women's Employment, and the Social Democratic Service State. *American Sociological Review* 65: 323–342.
- Iversen, Torben, und Frances Rosenbluth, 2004: The Political Economy of Gender: Explaining Cross-National Variation in the Gender Division of Labor and the Gender Voting Gap. Paper presented to Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, Pennsylvania.
- Jaumotte, Florence, 2003: Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries. Economic Department Working Papers No. 376.
- Jones, Kelvyn, 1997: Multilevel Approaches to Modelling Contextuality. From Nuisance to Substance in the Analysis of Voting Behaviour. S. 19–43 in: Gert P. Westert und René Verhoeff (Hg.), *Places and People. Multilevel Modelling in Geographical Research*. Utrecht: The Royal Dutch Geographical Society.
- Kammerman, Sheila B., 2000: Early Childhood Education and Care: An Overview of Developments in the OECD Countries. *International Journal of Educational Research* 33: 7–29.
- Kenworthy, Lane, (im Erscheinen): *Jobs with Equality*. New York: Russels Sage Foundation.
- Klein, Markus, 2004: Einführung in die Mehrebenenanalyse. Unveröffentlichtes Manuskript. Köln.
- Leu, Robert, und Peter Kugler, 1986: Einkommenssteuern und Arbeitsangebot in der Schweiz. S. 205–256 in: Heidi Schelbert-Syfrig (Hg.), *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Levy, René, Eric Widmer und Jean Kellerhals, 2002: Modern Family or Modernized Family Traditionalism? Master Status and the Gender Order in Switzerland. *Electronic Journal of Sociology*.
- Linder, Wolf, 2005: *Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven*. 2., überarbeitete Auflage. Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt.
- Lijphart, Arend, 1999: *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven/London: Yale University Press.
- Madörin, Mascha, 2000: Arbeitspolitik für alle – kritische Punkte aus feministischer Sicht. In: Peter Ulrich et al. (Hg.), *Arbeitspolitik für alle. Eine Debatte zur Zukunft der Arbeit*. Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt.
- Mammen, Kristin, und Christina Paxson, 2000: Women's Work and Economic Development. *The Journal of Economic Perspectives* 14: 141–164.
- Mazur, Amy G., 2002: *Theorizing Feminist Policy*. Oxford: Oxford University Press.
- Merkel, Wolfgang, 2001: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. *Berliner Journal für Soziologie* 11: 135–157.
- Merz, Michaela, 1996: Lohnt es sich für Schweizer Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen? Auswirkungen institutioneller Rahmenbedingungen auf die Entscheidung zwischen Familie und Beruf. Zürich: Seismo.
- Mincer, Jacob, 1985: Intercountry Comparison of Labor Force Trends and of Related Developments: An Overview. *Journal of Economics* 3: 1–32.
- O'Connor, Julia S., Ann S. Orloff und Sheila Shaver, 1999: *States, Markets, Families. Gender, Liberalism and Social Policy in Australia, Canada, Great Britain and the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- OECD, 2004: *OECD Employment Outlook. Statistical Annex*. Paris: OECD.
- Pfau-Effinger, Birgit, 1996: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48: 462–492.
- Pfau-Effinger, Birgit, 2000: *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.

- Pfau-Effinger, Birgit*, 2001: Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext. S. 488–511 in: *Bettina Heintz* (Hg.), *Geschlechtersoziologie*. Sonderband 41 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.
- Pfau-Effinger, Birgit*, 2005: Welfare State Policies and the Development of Care Arrangements. *European Societies* 7: 321–347.
- Pierson, Paul*, 2000: Three Worlds of Welfare State Research. *Comparative Political Studies* 33: 791–821.
- Sainsbury, Diane*, 1994: *Gendering Welfare States*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage Publications.
- Sauer, Birgit*, 2004: Staat – Institutionen – Governance. S. 107–125 in: *Sieglinde K. Rosenberger* und *Birgit Sauer* (Hg.), *Staat – Institutionen – Governance*. Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Wien: Facultas Verlags- und Buchhandels AG WUV.
- Schmid, Günther*, 1984: The Political Economy of Labor Market Discrimination: A Theoretical and Comparative Analysis of Sex Discrimination. S. 264–308 in: *Günther Schmid* und *Renate Weitzel* (Hg.), *Sex Discrimination and Equal Opportunity*. The Labour Market and Employment Policy. Aldershot: Gower Publishing Company.
- Schmidt, Manfred G.*, 1993: Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G.*, 1995: Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Vom Sonderweg zum Normalfall. *Politische Vierteljahresschrift* 36: 35–48.
- Shaver, Sheila*, 2002: Gender, Welfare, Regimes, and Agency. *Social Politics* (Summer): 203–211.
- Sundström, Eva*, 2003: Gender Regimes, Family Policies and Attitudes to Female Employment: A Comparison of Germany, Italy and Sweden. Umea: Universität Umea.
- Vatter, Adrian*, 2002: Kantonal Demokratien im Vergleich. Entsehungsründe, Interaktionen und Wirkung politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen. Opladen: Leske + Budrich.
- Vatter, Adrian et al.*, 2004: Politische, soziale und ökonomische Daten zu den Schweizer Kantonen 1983–2000. Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.
- Wanner, Philippe*, 2003: Einflussfaktoren der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. *Die Volkswirtschaft* (8): 21–25.

*Korrespondenzanschrift:* Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen, Universität Konstanz, Fachbereich Politik und Verwaltungswissenschaft, Postfach D84, 78457 Konstanz  
*E-Mail:* isabelle.steffen@uni-konstanz.de